

Die Eintretensreferate zum Programmmentwurf 1982 : Suche nach Identität

Autor(en): **Vollmer, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339910>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Suche nach Identität

Für die Kommissionsmehrheit sprach Peter Vollmer

«Jede Epoche erfordert ein Überdenken und Neuformulieren unserer programmatischen Grundlagen. Die Zielsetzungen einer sozialistischen Schweiz müssen immer wieder neu und ernsthaft begründet werden.» So hat bereits 1935 Robert Grimm am Parteitag die Verabschiedung neuer Programmgrundsätze gefordert. — Mit diesen Worten eröffnete SPS-Vizepräsident Peter Vollmer die Eintretensdebatte zum neuen Parteiprogramm für die Mehrheit in Lugano. Wir bringen seine Ausführungen wie auch jene der Minderheitsvertreterin Verena Bürcher im Sinne einer Dokumentation eines wichtigen Parteitages. (Zwischentitel sind von der Redaktion eingefügt.)



Peter Vollmer (rechts) und Rudolf H. Strahm: Hoffnungslose zentristische Technokraten?

Wenn wir heute wieder an einem Parteitag neue Grundsätze diskutieren und verabschieden wollen, so tun wir das nicht einfach aus Lust am Theoretisieren oder aus Freude am Streiten oder gar als Verdrängung praktischer politischer Arbeit. Das Programm aus dem Jahre 1959 ist überholt. Es muss ersetzt werden. Darüber herrscht in unserer Partei über alle Strömungen hinweg Einigkeit. Nicht dass unsere gesetzten Ziele erreicht wären und wir jetzt deshalb die Möglichkeiten ausweiten wollten. Wir haben

zwar vieles in unserer Arbeit tatsächlich verwirklicht; für Viele soziale Not beseitigt, bessere Lebensbedingungen ermöglicht; doch vieles bleibt unerreich, unerfüllt. Kapitalismus dominiert weiterhin, Entfremdung, Unsicherheit, Sinnkrise, weltweite Bedrohung, gesellschaftliche Widersprüche, all dem stehen wir immer noch gegenüber. All das stärkt auch unsere feste Überzeugung, dass dieses Land und unsere Gesellschaft, ja diese Welt andere, humanere und sozialere Bedingungen für die menschliche

Entwicklung aufweisen könnten und darum auch müssten. Wir wollen festhalten an der grossen Utopie der Gründer unserer Arbeiterbewegung, die unter heute nur noch schwer nachfühlbaren Bedingungen die Hoffnung, einer menschenwürdigeren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung formuliert haben.

Programmrevision heisst heute nicht brechen mit sozialistischen Traditionen, im Gegenteil, die Programmrevision bedeutet heute gerade wieder das bewusste Anknüpfen an die Grundlagen sozialdemokratischer Theorie und Praxis. Unser Programm, soll es auch in unserer täglichen Praxis wirksam werden, muss die ökonomischen und sozialen Veränderungen, die in den letzten 20 bis 25 Jahren stattgefunden haben, berücksichtigen.

Seit dem Winterthurerprogramm von 1959 hat sich nicht nur das ökonomische und soziale Bild der Schweiz verändert, auch die politische Arbeit hat neue Formen hervorgebracht. Im Jahre 1959 stand die SP nicht nur vor ihrem Wiedereintritt in den Bundesrat, ihre wesentlichste Konzeption im Aufbau des Sozialstaates Schweiz feierte auch tatsächlich beachtliche Erfolge. Der Aufschwung der sechziger Jahre, die enormen Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes und damit auch der staatlichen Umverteilungsmöglichkeiten haben uns vor direkter Armut entlastet und zu unerwarteten Konsummöglichkeiten geführt. Der soziale Aufstieg der schweizerischen Arbeiterschaft wurde nicht zuletzt durch die Unterschichtung von Fremdarbeitern in einer ersten Phase beschleunigt. Die friedliche Nutzung der Atomenergie galt noch in den sechziger Jahren als Heilmittel für eine beschleunigte Technisierung und Automatisierung und damit als Beitrag zur da-

mals erwünschten Reduktion von Arbeitsplätzen. Doch das ungezügelter Wachstum zeigte bald auch die Kehrseiten. Immer mehr wurden die Zuwachsraten für die notdürftigsten Reparaturen der Sozial- und Umweltschäden aufgefressen. Spätestens die Rezession der siebziger Jahre hat uns zum Bewusstsein gebracht, wie prekär letztlich auch unsere wirtschaftliche Existenz ist. Die kapitalistische Wirtschaftsweise offenbart auch hier ihre fatalen Wirkungen. Angst vor der Zukunft und Entfremdung sind längst nicht überwunden. Sichere Arbeitsplätze sind nicht mehr gewährleistet. In der Welt wird weiterhin gehungert. Die Würde des Menschen bleibt hier und anderswo uneingelöst. Die weltweiten wirtschaftlichen Probleme, die steigende Armut in der Dritten Welt, die Gefährdung der Umwelt und das Wissen, dass Energiequellen und Rohstoffe erschöpfbar sind, haben uns skeptisch werden lassen gegenüber dem Glauben an den technischen Fortschritt und den materiellen Wachstum. Die zunehmende Finanzknappheit des Staatswesens und die verschärfte Politik des Unternehmertums haben unsere traditionelle Politik ins Stocken gebracht. Die grossen Erfolge im Ausbau unseres Sozialstaates (Tschudi-Tempo u.a.) sind gestoppt worden.

Verändertes politisches Bewusstsein

Die neuen gesellschaftlichen Probleme haben auch unser politisches Bewusstsein verändert. Wir müssen uns fragen, ob wir unseren Auftrag, als politische Kraft die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, noch wirkungsvoll genug wahrnehmen. Wir sind herausgefordert, angesichts der Entpolitisierung und politischen Apathien eines Grossteils der Bevölkerung, un-

sere Arbeitsformen neu zu bestimmen und vermehrt wieder Brücken zu schlagen zu dem Teil der Bevölkerung, der ausserhalb unserer Bewegung, aber getragen von den gleichen Sorgen, politisch aktiv geworden ist. Traditionelle Konzeptionen und neue Ideen sind darum in der Vergangenheit nicht zufällig auch innerhalb unserer Bewegung aufeinandergeprallt. Leider waren auch Unverständnis und Unsicherheit, Misstrauen und Feindseligkeiten Ergebnisse dieses Prozesses. Vor diesem Hintergrund war die Notwendigkeit der Erarbeitung neuer programmatischer Grundlagen für unsere Partei deutlich. Ein neues Programm hat heute nicht nur neue Antworten für die Strategie der Überwindung unseres wirtschaftlichen Systems zu skizzieren. Es muss in seiner Konzeption darauf angelegt sein, die im Kern marxistische Vorstellung einer sozialistischen Utopie bereits heute mit den erkennbaren Grenzen bezüglich der Endlichkeit der Rohstoffe, der Anforderungen der ökologischen Zusammenhänge, aber auch der sozialen und psychischen Auswirkungen hochkonzentrierter und technisierter gesellschaftlicher Organisationen — staatliche Gebilde eingeschlossen — zu verbinden. Die neu begründete Selbstverwaltungsidee und ihre ganze Konzeption ist ein wesentlicher Ausdruck davon. Darin liegt die entscheidende Wende in der sozialdemokratischen Programmatik der achtziger Jahre.

Ohne dogmatische Position

Der Programmentwurf versucht diesen Problemen und Anforderungen gerecht zu werden, ohne einer dogmatischen Position zu verfallen; oder zu glauben, wir könnten heute oder wann auch immer, endgültige und abschliessende Wahr-

heiten präsentieren. So bestimmt und unzweideutig unsere Grundpositionen und Zielsetzungen definiert werden, so offen und wandlungsfähig müssen die Wege unserer Politik bleiben. Diesen Anforderungen versucht der Programmentwurf auch im Aufbau und in der Struktur gerecht zu werden. Der Grundsatzteil mit seinen achtzehn Abschnitten enthält, als unsere Antworten auf die wichtigsten Betroffenheiten, die Grundwerte und politischen Leitlinien des demokratischen Sozialismus. Dazu gehört — da besteht für uns kein Zweifel — die Überwindung der Vorherrschaft des Ökonomischen über den Menschen. Dazu gehören aber auch der Schutz und die Erhaltung der Umwelt und der Kampf um den Frieden, wie die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit. Damit will die SPS auch in Zukunft die Interessen der Arbeitnehmer im weitesten Sinn vertreten. Im Programmentwurf wird denn auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Arbeitersport- und Kulturorganisationen ausdrücklich bekräftigt. Sie will aber vermehrt allen Menschen offen sein, die sich hinter unsere Grundsätze und Zielsetzungen stellen. Zur erfolgreichen Durchsetzung politischer Grundsätze gehört aber auch das Vorhandensein überzeugender Vorstellungen über unsere eigenen Arbeitsformen, über unseren Umgang untereinander und mit unseren gewählten Vertretern in Ämtern und Behörden. Auch das ist eine völlig neue Dimension in einem SPS-Programm.

Für die politische Praxis

Im zweiten Teil des Programmentwurfs werden die Einzelbereiche unserer Politik im Sinne von Wegleitungen und Anregungen für die politische Pra-

xis, unter Berücksichtigung unserer neu formulierten Grundsätze konkretisiert. Dabei wird bewusst die Praxis der verschiedenen Wege postuliert. Die hier und jetzt zu leistende Arbeit für die Überwindung unseres Wirtschaftssystems erfordert in der Strategie gegenüber Grossbanken und Konzernen sicherlich andere Wege als gegenüber kleineren Betrieben in einer Randregion. Die Differenzierung in der Konkretisierung der Selbstverwaltungsidee entspricht damit auch den Forderungen des letzten Parteitag, wie den Stellungnahmen der Sektionen im letztjährigen Vernehmlassungsverfahren. Wir sind uns bewusst, dass viele Wege noch offen sind, denn die gesellschaftspolitische Verwirklichung ist ständig neu zu finden. Unserer Bewegung mangelte es auch nie an überzeugenden Analysen der Vergangenheit und Gegenwart. Gerade daraus wird deutlich, dass die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Partei sich nicht im Wissen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge und über die daraus ableitbaren Anforderungen an ein Programm der Zukunft erschöpft, sondern als politische Partei wird sie erst glaubwürdig, wenn es ihr auch überzeugend gelingt, ihre Vorstellungen in die politische Praxis umzusetzen. Eine erfolgreiche politische Praxis und damit die Glaubwürdigkeit der Partei setzt darum geradezu voraus, dass ein Programm und die damit vertretene Politik auch von einer breiten Mehrheit der Aktiven mitgetragen wird. Kurz gesagt, ein neues Programm soll die oft vorhandene Kluft zwischen unserer Theorie und dem an der Front Geleisteten nicht noch vergrössern, sondern überbrücken. Das war vor sechs Jahren am Parteitag in Montreux auch ein überzeugendes Argument für den Beschluss, unser Programm zu revidieren,

oder besser gesagt, neu zu fassen.

Das muss keineswegs bedeuten, dass ein neues Programm ausschliesslich am Bewusstseins- und Erfahrungsstand einer fiktiven statistischen Parteimehrheit orientiert bleibt.

Identität suchen

Neu formulierte und klare Standortbestimmungen und ein verdeutlichtes Aufzeigen der Stossrichtungen unserer Politik soll weiterführen und beitragen, damit wir unsere gemeinsame Praxis wieder besser erkennen und somit unsere Identität stärken. Als Sozialdemokraten dürfen wir nie ausser acht lassen — und das sei all jenen gesagt, die heute kein Programm verabschieden möchten —, dass das wirtschaftliche und soziale Leben unter dem politischen Diktat des immer forschender werdenden Bürgertums ständig verändert und nach deren Interessen angepasst wird. Wir arbeiten als Partei nicht in einem abgeschirmten Labor oder einem akademischen Seminar, sondern in einer sich ständig verändernden politischen Landschaft. Die Wiederfindung unserer politischen Identität, als Voraussetzung einer zielorientierten, diesen Entwicklungen sich entgegengesetzenden Politik, ist darum vorrangig.

Mit Recht verspüren viele von uns ein Unbehagen, ein neues Programm jetzt am Parteitag endgültig zu verabschieden. Nicht dass wir nicht genügend Zeit und Möglichkeiten gehabt hätten — sofern man sich auch bemüht hat — darüber zu diskutieren und intensiv auch in den Sektionen daran zu arbeiten. Die vom Parteitag eingesetzte 35er Kommission allein sollte sicherstellen, dass ein Entwurf breit abgestützt ist. Der Vorentwurf der früheren Arbeitsgruppe, das dazu durch-

geführte Vernehmlassungsverfahren, die Beratungen am letzten Parteitag, das alles waren wichtige Etappen, ohne die der heutige Entwurf nie möglich gewesen wären.

Das Unbehagen wurzelt im Gefühl und Wissen, dass wir uns heute in einer Umbruchphase gesellschaftlicher Werte und Vorstellungen befinden. Das können und wollen wir nicht mit eleganten Formulierungen zudecken — etwa nur weil wir wieder ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen stehen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit der Zweiteilung des Programms, in den dauerhafteren Grundsatzteil und den ständig zu konkretisierenden und zu aktualisierenden Einzelbereichsteil, eine Möglichkeit der Anpassung an Veränderungen gefunden haben. Damit übertragen wir uns mit der Verabschiedung des Programms an diesem Parteitag auch die Aufgabe, die Anpassung und Konkretisierung des 2. Programnteils an die sich verändernden Bedürfnisse auch zukünftig vorzunehmen. Die programmatische Debatte wird damit in Zukunft vom rein grundsätzlichen und ideologischen auf die Sachprogrammatik in den Einzelbereichen verlagert: Hier haben wir Sozialdemokraten auch am meisten aufzuholen, wenn wir unsere Gesellschaft wirklich verändern wollen. Und davon gehen wir aus.

Die Anträge des Parteivorstandes zur Prozedur und zum Eintreten tragen diesem Anliegen beim Vorgehen Rechnung. Wir können und sollten es uns jetzt wirklich leisten, mit dem heute vorliegenden Programmentwurf und den Anträgen des Parteivorstandes uns wieder eine breit abgestützte Grundlage und Standortbestimmung zu geben, mit der damit verbundenen kleineren bis grösseren Hoffnung für einen erfolgrei-

chere Kampf für den Sozialismus auch, oder müssen wir sagen, gerade in der Schweiz.

Es soll uns nicht nur eine Pflicht sein, sondern wie der Genosse Schlegel, Landammann von St. Gallen, in der letzten Ausgabe der «Roten Re-

vue» angemerkt hat, es soll auch wieder eine Freude sein, als Sozialdemokrat diese Politik zu vertreten. Ich bin zuversichtlich, dass dieser Geist auch die heutigen, notwendigen Debatten zum Programm prägen wird.

Verena Bürcher sprach für die Kommissionsminderheit

Vernichtende Kritik



**Verena Bürcher und Bundesrat Pierre Aubert:
Einheit in der Aktion?**

Die Minderheit hat in der Kommission für Nichteintreten auf den Programmentwurf gestimmt. Sie unterbreitet Euch vier Anträge. Sie haben gemeinsam, dass heute die Programmrevision *nicht* abgeschlossen werden soll. Dafür sind für uns *vor allem* zwei Gründe massgebend:

Der erste Punkt: Der völlig ungenügende Entwurf und der Zeitdruck. In seiner summarischen Beliebigkeit taugt unserer Meinung nach der Entwurf weder als Arbeitsinstrument für eine sozialistische Politik, noch kann er eine mobilisierende Wirkung nach aussen haben. Als Arbeitsinstrument fehlt ihm über weite Strecken der Realitäts-

bezug, womit ich meine, dass seine Ausführungen derart an der Oberfläche bleiben, dass eine Umsetzung der langfristigen Ziele in realpolitische Forderungen nicht möglich ist.

Da er so oberflächlich (und auch widersprüchlich) ist, wird aber auch für all jene, die mit diesem Programm angesprochen werden sollen, nicht deutlich, wie die SP die brennenden Probleme der Gegenwart lösen will.

Der zweite Punkt: Angesichts des Zeitdrucks konnte der Entwurf in den wenigsten Sektionen eingehend diskutiert werden. Es ist zu vermuten, dass er deshalb auch kaum etwas zur Identitätsfindung, zur Neu-

orientierung der Partei und zur Integration beitragen wird.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Kommissionsarbeit trotz Zeitdruck vom Grundtenor der Verständigung, der fruchtbaren Auseinandersetzung über die in den letzten Jahren aufgebrochenen Grundfragen in der Partei geprägt war. Obwohl die historischen Konflikte der Partei und ihrer Flügel gerade auch in der Programmkommission zum Ausdruck kommen mussten, hat sich gezeigt, dass die Partei nicht zwangsläufig der vom Bürgertum genüsslich erwarteten Blockierung unterliegt.

Vielmehr drang über alle Flügel hinweg die Erkenntnis durch, dass die immer offener zu Tage tretende gesellschaftliche Umbruchsituation (mit ihren vielfältigen Krisen) zu neuen Lösungen zwingt, für die sowohl die herkömmlichen Formen sozialdemokratischer Politik als auch die Praxis der kritischen Linken überprüft werden müssen.

Nicht zuletzt der sich abzeichnende Bruch zwischen dem wachsenden Anteil der Bevölkerung, der durch Rückzug der Politik seine Absage erteilt und den sozialen Bewegungen und Protestgruppen, die auch in der Arbeiterbewegung vorerst nur Festgefahrenheit konstatieren, hat auf allen Seiten zum Nachdenken geführt.

Es wird damit deutlich, dass seit Montreux ein parteiinterner Prozess stattgefunden hat. Von daher ist es auch verständlich, wenn Kommissionsmitglieder, die 1976 einer Programmrevision noch skeptisch gegenüberstanden, heute den Mehrheitsentwurf verteidigen.

Mittelmässige Werbeschrift

Dass die Kommissionsarbeit trotzdem wenig gebracht hat und das Resultat über weite Strecken eine bestenfalls mittelmässige Werbeschrift darstellt,